

KGW's Rundschreiben

Deutschland, Europa und die Welt

Was wir in den 1950er Jahren in Deutschland schon einmal hatten, wiederholte sich nach der Bundestagswahl 2021; es kam zu einer Drei-Parteien-Koalition, der sog. **Ampel**. Wenn alle Abgeordneten im Plenarsaal sitzen würden, hätte die „fette Henne“ (der 2,5 Tonnen schwere Bundesadler) einen Blick auf 736 Abgeordnete. Die gesetzliche Anzahl der Mitglieder des Bundestages beläuft sich seit dem Beginn der 15. Legislaturperiode auf 598 (entscheidend dafür sind die Überhangs- und Zweitstimmen). Damit haben wir mehr Abgeordnete als die EU. Das damit verbundene Problem ist die schnell wachsende Ministerialbürokratie. Die muss untergebracht werden und deshalb ist im nächsten Monat der Spatenstich für 400 neue Büros geplant. Schließlich wurde hier nicht gespart, denn seit 2013 stieg die Zahl der Beschäftigten in den Ministerien um ca. 60% auf 35.000 Personen. Der Prestigebau, der staatliche Selbstherrlichkeit darstellt, wird mit Sicherheit teurer als die veranschlagten 777 Mio. €. Die Gesamtzahl der Staatsbeschäftigten (bis hin zu dem, der im Homeoffice seinen Schreibtisch verwaltet) liegt bei über 5 Mio. Mit diesem Wucher sucht man nach immer mehr Aufgaben, um ca. 84 Mio. Bundesbürger zu verwalten und ihnen neue Regeln vorzuschreiben. Lutz Goebel wurde vor ca. 7 Monaten von seinem Posten „weggelobt“ und zum Chef des Nationalen Normenkontrollrats bestellt. Er kannte als Familienunternehmer nur den Ablauf in der Wirtschaft, in der man sich Ziele setzt und deren Einhaltung verfolgt. Im ersten Jahresbericht, den er Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) überreichte, zeigte er das Monster der **Bürokratie** und die damit verbundenen Folgekosten auf. Er stellte fest: In den Ministerien wird zu wenig gedacht und die immer neuen Regeln nerven Wirtschaft und Bundesbürger. Gesetze, die mit „heißer Nadel“ gestrickt sind (Gas- und Strompreisbremse), bewirken nicht das, was man damit erzielen wollte. Die Digitalisierung der Verwaltung sei völlig gescheitert. 2017 hatte der Bundestag im OZG (Onlinezugangsgesetz) beschlossen, bis Ende 2022 die öffentliche Verwaltung zu digitalisieren. Nancy Faeser (SPD) will nun mit dem OZG-Folgegesetz Abhilfe schaffen. Im Innenministerium wurden die Absichtserklärungen in einem 50-seitigen Dokument aufgeführt. Ursprünglich sollten 575 Verwaltungsdienstleistungen digitalisiert werden – man schaffte aber nur 33, die bundesweit umgesetzt werden konnten. Besonders kritisierte Goebels das Lieferkettengesetz, die Datenschutz-Grundverordnung und die langwierigen Genehmigungsverfahren. Wir ergänzen mit Gesetzesverschärfung zur Geldwäschebekämpfung und die damit verbundene Bonpflicht. Der Föderalismus lässt es zu, dass NRW an der Abgabe bis Ende Januar 2023 festgehalten hat, während Bayern sie um weitere 3 Monate verlängerte. Ein neues Bürokratiemonster wird die Abschöpfung der Übergewinne werden. Deutschland will die (bis zum letzten Windrad) in über 35.000 Fällen einzeln festlegen. Noch immer sind es die Fluggäste, die unter der Bürokratie und dem Personalmangel an den Flughäfen leiden. Besonders aber lähmt die Bürokratie mit ihren unterschiedlichen Zuverlässigkeitsprüfungen in den Wirren des Föderalismus die Luftfracht. Mit neuen Vorschriften erreichte man, dass das Luftfrachtaufkommen von ca. 5,4 Mio. Tonnen (2021) teilweise in Nachbarländer abwanderte. Wir könnten weitere Missstände aufführen, aber das würde den Umfang dieser Info sprengen. Grob kann man sagen, dass die Bürokratie ein mittelständiges Unternehmen ca. 2,5% seines Jahresumsatzes kostet. Die Bundesregierung bezifferte die Bürokratiekosten kürzlich auf 51 Mrd. € jährlich. Jedes Land hat Bürokratie. Im Trend ist der Umfang des Bundesgesetzblattes seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland um jährlich 50 Seiten gewachsen. Auch der OECD-Bürokratie-Index stellt Deutschland

kein gutes Zeugnis aus. Mit einem 16. Rang (von 20) untersuchten Ländern kann der Wirtschaftsstandort Deutschland nicht zufrieden sein. Die schlimmste Regelwut hat Belgien, während die wenigsten Estland hat (von der Wiege bis zur Bahre läuft alles online). Die Grenze zwischen nützlichem und schädlichem Bürokratismus verläuft fließend. In Deutschland ist dringend eine Richtungsänderung erforderlich, denn sonst könnte man künftig als Wirtschaftsstandort gemieden werden. Je größer die Bürokratie, desto geringer ist die Erwerbstätigenquote der einzelnen Volkswirtschaften.

Die Arbeit der Ampelregierung bestätigt das Sprichwort, nach dem bekanntlich zu viele Köche den Brei verderben. Als Beispiele:

Atomkraft - Das „Machtwort“ von Olaf Scholz hat bewirkt, dass die restlichen AKW's am 15.04. dieses Jahres abgeschaltet werden. Warum die zermürbenden Auseinandersetzungen? Zum einen müsste das bestehende Atomgesetz geändert werden. Darüber hinaus fehlen Personal und Brennstäbe.

Energieeffizienz – Im Oktober vergangenen Jahres wollte Wirtschaftsminister Robert Habeck (die Grünen) das Gesetz auf den Weg bringen. Finanz- und Bauministerium haben ihr Veto eingelegt. Die Pläne für den sozialen Wohnungsbau liegen bis heute auf Eis.

Migration – Der versprochene „Neuanfang“ lässt auf sich warten, weil man das im Arbeitsministerium unter der Führung von Hubertus Heil (SPD) ausgearbeitete nicht gemeinsam trägt. Einbürgerung und Abschiebung stehen als unerledigt auf der Agenda. Nancy Faeser (SPD) will den deutschen Pass nach 5 (statt bisher 8) Jahren ausgeben und setzt sich für eine doppelte Staatsbürgerschaft ein, die weitervererbt werden kann.

Planungsbeschleunigung – Ziel ist es, die Planungs- und Genehmigungszeiten zu halbieren. Frage ist: Nur bei grünen Infrastrukturvorhaben oder auch beim Bau von Straßen, Autobahnen und Brücken? Vielleicht kommt man beim geplanten Gespräch am 01.03. dieses Jahres einen kleinen Schritt weiter.

Rente – Die SPD hält an der langfristigen Stabilisierung des Rentenniveaus von 48% fest. Die FDP sieht langfristig zu hohe Kosten und ist deshalb dagegen.

Rüstungs- und Militärhilfe (für die Ukraine) – Bei Panzer-, Waffen- und Flugzeuglieferungen ins Kriegsgebiet gehen die Meinungen der Parteien erheblich auseinander. Die Füße hält man still, weil es das 100 Mrd. € schwere Sondervermögen gibt. Skepsis besteht bei bisher 2% für Verteidigungsausgaben, denn die NATO möchte eine Verschiebung auf 3%.

Steuererleichterung – Das Finanzministerium arbeitet an einem „ambitionierten Steuerprogramm“, was schon heute für Grüne und SPD ein rotes Tuch ist. Steuererleichterungen für die Wirtschaft (zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit, bessere Abschreibungsmöglichkeiten für Investitionen in Digitalisierung und Klimaschutz) lehnen beide Parteien rigoros ab.

Wettbewerbsrecht – Der vom Wirtschaftsministerium (unter der Leitung von Robert Habeck) vorgelegte Gesetzentwurf wurde mit Veto der FDP blockiert, weil es angeblich zu tiefe Eingriffe in die Wirtschaft beinhaltet. Justizminister Marco Buschmann (FDP) hat deshalb einen großen Fragenkatalog ausgearbeitet, auf welchen er zunächst Antworten erwartet.

Diese Auflistung kann erweitert werden. Die Ampel hat sich beim Start als „Fortschrittskoalition“ bezeichnet. Bisher hat man wenig eingelöst (außer der Beschleunigung der Terminals für Flüssiggas-LNG)!

Jährlich veröffentlicht der Bund der Steuerzahler¹ „**Das Schwarzbuch**“, in dem die öffentliche Verschwendung angeprangert wird. In einer wöchentlichen Veröffentlichung (kostenlos anzufordern; siehe unten) werden Einsparmöglichkeiten für den Bundeshaushalt vorgestellt. Prof. Hans-Werner Sinn² hat einen bemerkenswerten Aufsatz in der Wirtschaftswoche vom 20.01.2023 geschrieben und prangert an, dass immer mehr Schulden in Sondervermögen versteckt sind, was schlussendlich die Inflation treibt. Seine Kurzzusammenfassung: „Die Schuldenorgie und die finanzielle Trickkiste der Politik drohen das Staatswesen der Bundesrepublik zu destabilisieren.“

2021 hat die **Autobahn GmbH** des Bundes offiziell die Verwaltung der Autobahnen und einiger Bundesstraßen von den Ländern übernommen. Zu dem Zeitpunkt war aber schon klar, dass man diese Aufgabe überhaupt nicht bewältigen konnte und hat deshalb mit den 16 Bundesländern Kooperationsverträge geschlossen. Heute hat man als „sportliches Ziel“ Ende 2023 genannt, nach welchem die Verträge auslaufen sollen. Dazu hat der Bundesrechnungshof gedrängt, weil eine Mischverwaltung verfassungswidrig ist. Die Autobahn GmbH des Bundes hat bisher 16 Einzelkooperationsvereinbarungen (E-KOV) mit den Ländern getroffen und wird die mit Sicherheit weit über das Jahr 2023 laufen lassen. Lt. dem Linken-Politiker Victor Perli kostet die ganze Reform jährlich 2,3 Mrd. €. Nach dem Krisengipfel im Frühjahr 2022 hat die Bundesregierung veröffentlicht, in weniger als 10 Jahren alle 4.000 deutschen Brücken zu verstärken oder zu erneuern. Man will 200 bis 400 Brücken jährlich sanieren, wobei das größte Ärgernis die Talbrücke bei Lüdenscheid ist, die man 2021 sperrte. Man muss kein Fachmann sein, um schon heute die Ziele der Autobahn GmbH des Bundes als Makulatur anzusehen.

Einige weitere Beispiele für Steuerverschwendung: Für Friseure, Visagisten und Fotografen gab die Ampel 2022 1,5 Mrd. € aus. Für dieses Jahr sind 690 Mio. € geplant, die an parteinahe Stiftungen fließen sollen. Gemäß Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 22. dieses Monats bedarf es eines gesonderten Parlamentsgesetzes, wenn politische Stiftungen staatlich gefördert werden sollen. Der Erweiterungsbau des Bundeskanzleramtes soll 777 Mio. € kosten (nach Fertigstellung werden wir die Istsumme mit der Prognose vergleichen und in unserer monatlichen Info nennen). Die Info-Kampagne der Bundesregierung, den Energieverbrauch zu reduzieren und erneuerbare Energien schneller auszubauen, hat 2022 38 Mio. € gekostet und ist in diesem Jahr mit 45 Mio. € in der Planung. Für die überfällige Reform des Wahlrechts (siehe Seite 1; Überhang- und Ausgleichsmandate) mussten 2020 1 Mrd. €, dieses Jahr 1,2 Mrd. € aufgebracht werden. Weitere Beispiele sind in der Jubiläumsausgabe des „Schwarzbuch 2022/23“ zu finden.

Das Bundesgesundheitsministerium und einzelne Landesministerien sitzen auf riesigen Beständen an Masken, Kitteln und Handschuhen. Millionen sind bereits „energetisch“ verwertet (verbrannt) worden und für weitere läuft in diesem Jahr das Haltbarkeitsdatum ab. Im Rahmen des Föderalismus entscheidet jedes Land einzeln, wie das gehandhabt wird. Am Ende bleibt aber wahrscheinlich nur eines – thermische Verwertung (Entsorgung).

An dieser Stelle passt es, über die Gaslieferverträge (mit der **Take-or-Pay-Klausel**³) zu berichten. Die bestehenden Gaslieferverträge zwischen Russland und Deutschland haben diese Klausel und vermutlich muss an Gazprom auch weiterhin gezahlt werden, wenn man auf den Bezug russischen

¹ Bund der Steuerzahler Deutschland e.V., 10117 Berlin, Reinhardtstr. 52, Tel. +49(0)30 25 93 96-0
Das Jahrbuch sowie kostenlose Newsletter können angefordert werden unter info@steuerzahler.de

² 1999-2016 Präsident des Münchener ifo-Instituts

³ Als Take-or-Pay-Vertrag bezeichnet man die vertragliche Vereinbarung einer „Zahlungsgarantie“ zwischen Produzenten bzw. Verkäufer und Abnehmer, die den Käufer, unabhängig davon, ob die Produkte hergestellt oder abgenommen werden, zur Zahlung eines festen Beitrags verpflichtet. (Quelle: Geprüftes Wissen)

Erdgases verzichten würde. Es könnte also die kuriose Situation entstehen, dass Deutschland weit überbezahltes LNG-Gas beispielsweise aus den USA bezieht und zugleich an Russland Überweisungen für „heiße Luft“ vornehmen müsste. Die Take-or-Pay-Klauseln im Erdgasmarkt haben eine lange Geschichte. Sie entstanden mit der Erschließung der Erdgasfelder in den 1960er Jahren, um für die Pipelines eine langfristige Finanzierung zu sichern. Als 1973 das erste Erdgas aus Russland nach Deutschland kam, setzte man diese Praxis fort. Der laufende Vertrag ist ein Vermächtnis Merkel-Schröder und hat eine Laufzeit bis 2030. Juristisch ist es im Augenblick unklar, ob man mit der force majeure-Klausel (höhere Gewalt) aus dem Vertrag kommt.

Corona hat die Menschen und die Kultur verändert. Wir gehen heute anders miteinander um, als noch vor einigen Jahren. Beschränkungen und Restriktionen aufgrund der Pandemie sind weitgehend aufgehoben, aber in den Köpfen der Menschen kann man das nicht einfach ausradieren. Beim einst blühenden Wirtschaftsstandort Deutschland ist der Verwelkungsprozess eingetreten. Die Stimme des Volkes wird lauter und man hört häufig den Satz: **„Bei uns geht's den Bach runter“**. Viele Unternehmen, bis zu Marktführern, haben ihre Strategien aufgrund pessimistischer Entwicklungen verändert ausgerichtet. Besonders die Firmen, die mit hohen Energiekosten zu kämpfen haben, reduzierten ihre Investitionspläne. Bei einer Befragung unter 1.400 deutschen Unternehmen durch den BVMW⁴ sieht knapp 70% einen Abschwung und über 11% eine Depression (Tiefphase). Biontech will von Mainz weg und die Krebsforschung nach England verlagern. Schraubenhersteller Würth hat alle Bauprojekte gestoppt und Werkzeugmaschinenbauer Trumpf hat Investitionen auf das nötigste zurückgefahren. Erhaltungsinvestitionen sind angesagt, Erweiterungen abgeblasen. Selbst Mennekes in Lennestadt, der sich seit 2008 auf Elektromobilität spezialisiert hat, verschiebt Investitionen und hat einen zusätzlichen Standort in Rumänien aufgebaut. Nach wie vor ist die deutsche Automobilindustrie mit Verbrennern der Oberklasse führend. Es spricht aber nicht für die Branche, wenn man sich bei E-Autos und Fahrzeugen im unteren Preissegment zurückziehen muss, weil die Margen nicht mehr stimmen. Von Stelle 1 bis 10 der Neuzulassungen in China findet man keinen deutschen Anbieter. Volkswagen ist erst auf Stelle 11 mit dem Modell ID.4 mit 77.368 Fahrzeugen. Politische Entscheidungen, Bürokratie, Kostendruck, Energiepreise, Lieferkettengesetz, Fachkräftemangel u.a.m. lassen den Standort Deutschland verblassen. Das „Made in Germany“ als Gütesiegel reicht heute nicht mehr aus.

Stahl-, Edelstahl- und Rohstoffmärkte

Die Preise für rost- und säurebeständige Edelstähle hängen wesentlich vom **Nickel** ab. In diesem Jahr wird es einen Angebotsüberschuss geben. In welcher Höhe? Darüber sind sich die „Gelehrten“ uneins. Viel hängt von der Produktion indonesischer und philippinischer Minenbetreiber ab. Indonesien ist bestrebt, Nickel der Klasse 1 bei der Batterieherstellung im eigenen Land zu verwenden. Man will eine Wertschöpfungskette für die Herstellung von E-Auto-Batterien nach dem HPL-Verfahren (high-pressure acid leaching) ausbauen. Eine verstärkte Nickel-Nachfrage wird aus China erwartet, weil das schwache Wachstum vom vergangenen Jahr in 2023 merklich gesteigert werden soll. Die Philippinen schließen sich Indonesien an und wollen die Ausfuhr besteuern bzw. einschränken. Da die weltweite Batteriefertigung nach Nickel ruft, sind das alles

⁴ Mittelstand-Bundesverband

Stützungsmaßnahmen für den Nickel-Preis. Der Rohstoffradar⁵ zeigt für 2022 beim Nickel die höchste Preisvolatilität und man rechnet für 2023 mit Stabilität. Auch wenn der Legierungszuschlag im März und April leicht nachgibt, sollte man sich nicht täuschen lassen.

Der **Chrom**-Preis ist quartalsweise festgeschrieben. Da die Spotmarktpreise aktuell höher sind, rechnet man im nächsten Quartal mit einem Anstieg von bis zu 10%.

Der **Molybdän**-Preis ist rasant angestiegen, was sich auch in dem Legierungszuschlag für den nächsten Monat und der Prognose für April zeigt. Störungen in der Lieferkette, Unruhen bei den Minenbetreibern und gestiegene Nachfrage aus China sind Gründe für den Molybdän-Preisanstieg. Im Augenblick sieht man keinen Indikator dafür, dass dieses hohe Niveau abbröckeln könnte.

Währungen und Nickelpreise im Vergleich

Datum	Devisenkurs	Kassapreis	3 Monats-Preis	Nickel-Bestand / to	dt. Kassapreis
	€ / US-\$	Nickel (LME)	Nickel (LME)	LME	Nickel €/100 kg
02.01.2020	1,1213	14.075	14.165	153.318	1.258
04.01.2021	1,2296	17.344	17.403	247.980	1.410
04.01.2022	1.1370	20.730	20.610	101.256	1.839
03.01.2023	1.0664	31.200	31.350	55.380	2.961
01.02.2023	1.0857	30.060	30.350	49.086	2.760
22.02.2023	1.0677	26.225	26.500	44.514	2.463

Legierungszuschläge für rostfreie Bleche und Bänder

W-Nr.	Tiefste LZ		Höchste LZ		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2022		2022		2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2022
	Monat	€/to	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
4016	02/22	1.067	06/22	1.358	984	994	1.000	→								
4301	01/22	2.450	05/22	3.844	2.918	2.989	2.903	↓								
4404	01/22	3.690	05/22	5.559	4.673	5.083	5.472	↑								
4509	01/22	1.280	06/22	1.566	1.189	1.199	1.205	↑								
4521	09/22	1.944	06/22	2.343	2.150	2.449	2.916	↑								
4539	01/22	6.590	05/22	10.243	8.729	9.546	10.313	↑								
4571	01/22	3.750	05/22	5.696	4.754	5.164	5.550	↑								

⁵ Der Rohstoffradar misst die Volatilität ausgewählter Preise und ist ein wichtiger Indikator für Firmen und Anleger. Er stellt die durchschnittliche prozentuale Abweichung vom Mittelwert der vergangenen 12 Monate dar. Der Radar erscheint zweimal jährlich exklusiv in der WirtschaftsWoche. (Quelle: WirtschaftsWoche Nr. 6 vom 03.02.2023)

Legierungszuschläge für Präzisionsband

W-Nr.	Tiefste LZ		Höchste LZ		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2022		2022		2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023
	Monat	€/to	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
4016	02/22	1.280	06/22	1.630	1.181	1.193	1.200	→								
4301	01/22	2.940	05/22	4.614	3.502	3.587	3.484	↓								
4310	01/22	2.770	05/22	4.295	3.251	3.328	3.235	↓								
4404	01/22	4.430	05/22	6.671	5.608	6.100	6.566	↑								

Edelstahlschrott

W-Nr.	Tiefste		Höchste		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2022		2022		2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023
	Monat	€/to	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
Cr-Stähle (VF*) z.B. 4016	07/22	380	04/22	800	430	430										
Ni-Stähle (V2A*) z.B. 4301	07/22	1.050	04/22	2.450	1.500	1.510										
Cr-Ni-Mo- Stähle (V4A*) z.B. 4404/4571	07/22	1.570	04/22	3.300	2.500	2.680										

*) Markennamen ThyssenKrupp Nirosta / Outokumpu Nirosta

Das KGW-Team